

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Finanzdirektion des Kantons Bern  
Münsterplatz 12  
3011 Bern

Bern, 15. November 2017

Per E-Mail an: [beat.baumgartner@fin.be.ch](mailto:beat.baumgartner@fin.be.ch)

### **Stellungnahme zum Entwurf des Berichtes «Erfolgskontrolle FILAG» - Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die uns gewährte Möglichkeit einer Stellungnahme zum obergenannten Bericht.  
Wir teilen grundsätzlich Ihre Einschätzungen, wonach sich das FILAG bewährt hat.  
Dennoch möchten wir folgende 3 Massnahmen beliebt machen:

1. Wir halten dafür, durch eine Änderung der Verordnung (Art. 8 Abs. 2 FILAV) die Mindestausstattung tiefer als 86 zu setzen. Dies fördert die Fusionen unter kaum lebensfähigen Gemeinden.
2. Den Gemeinden ist zu ermöglichen, klar ausgewiesene Mietzinsverbilligungen bei eigenen Liegenschaften, sofern sie zu Gunsten von Sozialhilfebezügern geleistet werden, im Lastenausgleich anzurechnen (siehe zum Beispiel das GüWR-Modell in der Stadt Bern). Es ist nicht sachgerecht, dass die Gemeinden quasi gezwungen werden, ihr Finanzvermögen zu schmälern, um eine soziale Durchmischung in ihren Liegenschaften zu ermöglichen. Würde sie die Sozialhilfebezüger extern in Mietliegenschaften Privater unterbringen, wären die Mietzinse nämlich Lastenausgleichsberechtigt.
3. Für das derzeit sistierte Bonus-Malus-System der Sozialdienste ist eine neue, adaptierte Grundlage (im FILAG oder SHG) zu schaffen. Wir finden die Grundidee eines Benchmarks unter den Sozialdiensten und Anreize für eine effiziente Aufgabenerfüllung zu schaffen, für sehr unterstützenswert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen  
Kanton Bern



Pierre-Yves Grivel  
Kantonalpräsident



Stefan Nobs  
Geschäftsführer